

Werbung



06.12.2025 • 5

Belastungen

Abgabenquote auf Rekordhoch: IW spricht Warnung aus

Die Höhe staatlicher Abgaben und Steuern, die in Deutschland anfallen, nimmt weiter zu. Einer aktuellen Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft zufolge wird 2025 ein neuer Rekordstand bei den Abgaben in Relation zum BIP erreicht.



Hannes Märtin



IMAGO/Hans Blosssey

Nach Einschätzung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln dürfte die Gesamtsumme aus steuerlichen Abgaben und Sozialbeiträgen im zu Ende gehenden

Jahr deutlich anwachsen und 41,5 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) erreichen. Zuerst berichtete die Nachrichtenagentur *Reuters* darüber. Zum Vergleich: Im Jahr zuvor belief sich die Quote noch auf 40,2 Prozent. Auch für 2026 wird die Quote auf einem hohen Stand verweilen: Lediglich ein marginaler Rückgang auf 41,4 Prozent wird prognostiziert.

Die steigenden Beitragssätze der Sozialversicherungen sind Treiber der Entwicklung. Besonders deutlich angestiegen sind zuletzt die Beiträge für Kranken- und Pflegekassen. Während der allgemeine Beitragssatz der gesetzlichen Krankenkassen (GKV), der paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gedeckt wird, in den vergangenen Jahren offiziell stabil bei 14,6 Prozent blieb, hat sich die Abgabenbelastung für die Bürger durch den Anstieg des Zusatzbeitrags stark erhöht. Dieser ist seit seiner Einführung im Jahr 2015 von zunächst 0,9 Prozent auf durchschnittlich 2,5 Prozent im Jahr 2025 geklettert.

Werbung

Auch die schlechten Aussichten beim Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik tragen zur Erhöhung der Quote bei. Für 2025 rechnen die IW-Experten nur mit einem minimalen Wachstum der Wirtschaftsleistung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), um 0,1 Prozent. Dies wiegt besonders schwer, wenn man berücksichtigt, dass sich Deutschland in den vergangenen zwei Jahren in einer Rezession befand. 2024 war das BIP im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 Prozent gesunken, nachdem es 2023 um 0,3 Prozent eingebrochen war. Auch für 2026 erwarten die Experten kein sichtbares Wachstum des BIP. 2026 soll Europas größte Volkswirtschaft lediglich um 0,9 Prozent wachsen.

Weitere Erhöhungen der Steuer- und Abgabenquote sind absehbar. Die wachsenden Ausgaben des Staates – unter anderem für Infrastruktur und Verteidigung – veranlassen den Bund dazu, zusätzliche Einnahmequellen zu erschließen. Verantwortlich für die Aufrüstung, die derzeit in Deutschland vorangetrieben wird, ist vor allem der anhaltende Konflikt zwischen Russland und der Ukraine.

Die Sorge vor einer möglichen Ausweitung des Krieges auf den Rest Europas hatte die deutsche Bundesregierung zuletzt dazu bewegt, Rekordsummen in Rüstungsvorhaben zu investieren. Für 2025 belaufen sich die Ausgaben auf rund 86,49 Milliarden Euro, einschließlich 24 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen der Bundeswehr, mit Schwerpunkt auf Beschaffung und Modernisierung.

LESEN SIE AUCH:



Bundeswehr-Nachwuchs

Die Rückkehr der Musterung: Bundestag beschließt Wehrdienst-Modernisierungsgesetz

Tim Schott • 92



Rundschreiben

AfD-Jugendkongress: Bundeswehr warnt vor Angriffen auf Soldaten

Redaktion • 132

Doch damit nicht genug: Der von der schwarz-roten Bundesregierung beschlossene Finanzrahmen für die vierjährige Legislaturperiode sieht eine fortlaufende Anhebung des Rüstungsetats vor. Der Haushalt 2026 umfasst sogar 108 Milliarden Euro, mit einer Steigerung auf 152 Milliarden Euro bis 2029. Das entspricht einer Verdreifachung des Rüstungsbudgets von 2023.

Auch die staatlichen Ausgaben, die auf das Sozialsystem entfallen, sind zuletzt enorm angestiegen. Mittlerweile machen sie fast 40 Prozent des Gesamthaushaltes aus. Leistungen wie das Bürgergeld verschlingen enorme Geldmittel. So waren allein in diesem Jahr 52 Milliarden Euro an Mitteln aus dem Bundeshaushalt für das Bürgergeld eingeplant. Das entspricht einem Anstieg von rund 5 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr.

Zurückzuführen sind die steigenden Kosten bei der Grundsicherung unter anderem auf die unkontrollierte Migration. Viele Einwanderer gehen nicht in Arbeit, sondern sind arbeitslos und beziehen Bürgergeld. Ausländische Staatsbürger sind unter den Bürgergeld-Empfängern deutlich überrepräsentiert. Die Zahlen sprechen für sich: Im Jahresdurchschnitt 2025 lag der Anteil der Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit an den knapp 5,4 Millionen Bürgergeld-Empfängern laut *Statista* bei rund 47,6 Prozent der Leistungsempfänger – und das, obwohl sie laut Daten des Ausländerzentralregisters (AZR) mit 14,1 Millionen nur etwa 16,8 Prozent der in Deutschland ansässigen Personen ausmachen (Stand Ende 2024).

Teilen:   

Zu den Kommentaren (5) ↓

 Einmalig  Monatlich

Apollo News unterstützen

Zahlungsoptionen:     Pay  Pay

10 € 15 € **25 €** 50 € 100 € Anderer Betrag (€) ▾

→ Weiter zum Zahlen

 Bank-Überweisung



Freund von Apollo News werden

Apollo News wäre ohne unsere Unterstützer nicht möglich. Mit dem neuen Freunde-Programm wollen wir unseren Unterstützern etwas zurückgeben, in Form von Dankeschöns wie einem werbefreien Zugang. [Mehr dazu hier](#)

Monatszahlung per Pay Pay

3,99 € /mtl.	9 € /mtl.	18,36 € /mtl.	50 € /mtl.
Basis	Standard	Gegen-GEZ	Förderer
Keine Unterstützung, nur Abo	Unterstützung + Abo	Unterstützung + Abo	Unterstützung + Abo

Beliebig (€) ▾

Der monatliche Betrag setzt sich zusammen aus PUR-Abo (3,99 Euro) und einer freiwilligen Unterstützung.

Weiter zum Abschließen

Werbung

Ihr Kommentar ...

5 Kommentare

Relevanz ▾

Olaf.Kloeckner  06.12.2025 um 06:22 Uhr 

Der Geisteszustand des deutschen Michels (Wähler) lässt sich Tatsächlich auch nach aktuellen Umfragen in Deutschland gut mit jemanden vergleichen den man aus dem 80 Stock geworfen hat ! Als er am 10 Stock vorbeirauscht erzählt man ihm dass er sich keine Sorgen machen muss weil ihm bis unten noch Flügel wachsen werden und er fliegen lernen wird !! Und bisher sei ja auch alles gut gegangen !!